

Die Krisenprofiteure

Die AfD als Ausdruck und Motor einer Hegemoniekrise

Das in gegenwärtigen linken Analysen am häufigsten gebrauchte Zitat dürfte eines von Antonio Gramsci aus den Gefängnisheften sein. Glauben wir den gängigen Krisendiagnosen, lebten wir aktuell in jenen Zeiten, in denen »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann«¹. Und in der Tat deutet vieles darauf hin, dass wir uns genau in einem solchen »Interregnum« befinden. Bestehende Institutionen und Ideologien verlieren an Bindungskraft, während sich neue noch nicht etabliert haben; »unheilbare Widersprüche«² haben sich offenbart, die die politischen etablierten Kräfte zu heilen bemüht sind; die ökonomisch herrschende Klasse ist im Begriff, die politische Führung zu verlieren. Es ist die Zeit der fundamentalen Verschiebungen, einer grundlegenden organischen Autoritätskrise, »die sich manchmal über Jahrzehnte hinzieht«.³ Vieles deutet darauf hin, dass wir es gegenwärtig in Deutschland mit einer solchen »Hegemoniekrise«⁴ zu tun haben.⁵

Der Aufstieg neuer rechtsradikaler Parteien in vielen Staaten ist Ausdruck einer solchen Hegemoniekrise: Es gibt zunehmend Risse im Machtblock, einzelne Teile lösten sich bereits. Parteien wie die »Alternative für Deutschland« (AfD) sind aber nicht nur Resultat der Krise, sondern sie vertiefen diese aktiv. Die Krise ist, wie Stuart Hall in einer Analyse des Thatcherismus gezeigt hat, »kein gegebener Zustand«, sondern vielmehr »ein wirkliches Kampffeld, in das die Kräfte der Rechten aktiv eingegriffen haben«.⁶

Das macht die AfD mit einigem Erfolg: Zehn Jahre nach ihrer Gründung ist sie fester Bestandteil des Parteienspektrums. Im Oktober 2023 steht die in weiten Teilen rechtsradikale Partei in Umfragen bundesweit bei bis zu 23 Prozent, ist in Ostdeutschland sogar stärkste Partei. Die Sammlung der AfD ist im Kern Resultat von Abspaltungen aus dem herrschenden Block. Die Formierung eines rechten Hegemonieprojekts wiederum trägt dazu bei, die Risse im Machtblock zu vertiefen. Die AfD ist sowohl Ausdruck als auch Motor einer Hegemoniekrise in Deutschland.

1 Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Hamburg 1991ff., Bd. 2, S. 354.

2 Ebd., S. 1557.

3 Ebd., S. 1556f.

4 Ebd., S. 1578.

5 Frank Deppe, Überlegungen zum Charakter der politischen Krise, in: Z, Nr. 117 (2019), S. 15-35.

6 Stuart Hall: Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Ders.: Ausgewählte Schriften, Bd. 5, Hamburg 2013, S. 101-120, hier S. 119.

Der Sprung im Porzellan: Die Eurokrise

Die Entstehung der AfD ist auf zwei Krisendynamiken zurückzuführen. Zum einen: die Krise des Konservatismus; zum zweiten – und das gilt besonders für die Anfangszeit der AfD, weniger für die Gegenwart: sich vertiefende Widersprüche »zwischen dem Monopolkapital, das sich vor allem in der global-expansiven Gruppierung der Verbände artikuliert, auf der einen Seite und dem nicht-monopolistischen Kapital, das sich vor allem in der stabilitätsorientierten Gruppierung der Verbände sowie in der Gruppe der reaktionären Kräfte (das heißt im Verband der Familienunternehmer) artikuliert, auf der anderen Seite«.⁷

Die Dynamik zur Gründung einer neuen Partei ist vor allem auf die zweitgenannte Krisenkonstellation zurückzuführen: Bereits ab 2010 haben sich vermehrt national gesinnte neoliberale Volkswirte organisiert, um Einfluss auf den damaligen Eurokurs der Bundesregierung zu nehmen. So entstand etwa im Februar 2011 eine Stellungnahme gegen den Plan der europäischen Finanzminister, einen dauerhaften »Europäischen Stabilitätsmechanismus« (ESM) einzurichten und den Euro-Rettungsschirm auszudehnen. Volkswirte und Vertreter vorwiegend nicht-monopolistischer Kapitalfraktionen richteten sich gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden, die zu diesem Zeitpunkt vor allem in Bezug auf Griechenland im Gespräch war.⁸ Es folgten mehrere Aufsätze von Bernd Lucke und Kollegen in großen Tageszeitungen, um Einfluss auf die damalige liberalkonservative Bundesregierung zu nehmen. Innerhalb der schwarz-gelben Koalition wurde zu diesem Zeitpunkt die Forderung einer flexiblen Währungsunion und der damit zusammenhängende mögliche Rauswurf Griechenlands aus dem Euro-Raum diskutiert.

Es standen sich zwei Europakonzepte gegenüber: eines, das gemeinsam mit global-expansiven Monopolkapitalfraktionen auf eine neoliberal-autoritäre Vertiefung der europäischen Integration setzte, und eines, das mit »mittelständischen« Kapitalfraktionen stärker die nationalstaatliche Souveränität betonte und der EU und dem Euro kritisch gegenüberstand. Allen voran war hier der Kapitalverband »Die Familienunternehmer« aktiv. Während der Eurokrise stellte dieser sich grundsätzlich gegen die Eurorettungspolitik der Bundesrepublik, setzte sich für »eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen« ein, sprach sich gegen »jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung« aus und bediente sich dabei »einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik«.⁹

Die Hoffnungen der nationalneoliberalen Volkswirte, »ihre« liberalkonservative Bundesregierung würde ihren Empfehlungen folgen, erfüllten sich nicht. Am 29. Juni 2012 stimmte der Bundestag dem ESM zu. Die legendären Worte Wolf-

7 Frederic Heine und Thomas Sablowski, Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, Rosa Luxemburg Stiftung 2013, S. 31.

8 Ebd.

9 Ebd.

gang Schäubles wenige Wochen später »It will not happen that there will be a Staatsbankrott in Greece« und damit das Bekenntnis, dass Griechenland nicht aus der Währungsgemeinschaft ausgeschlossen werden würde, markierten die Vollendung der neuen EZB-Zinsstrategie und ein Scheitern der nationalneoliberalen Fraktion um Lucke. Diese entschied sich spätestens zu diesem Zeitpunkt, eine Alternative zu Union und FDP ins Leben zu rufen. Bereits kurz zuvor gründeten sie den »Verein zur Unterstützung Wahlalternative 2013, aus dem später die AfD hervorgehen sollte.

Mittlerweile haben zwar Verbände wie »Die Familienunternehmer« wieder Abstand vom rechtsradikalen Projekt genommen und viele der einstigen Volkswirte um Bernd Lucke, die die Partei gegründet haben, der AfD den Rücken gekehrt, aber insbesondere für die Gründung der AfD, die anfängliche Finanzierung und das gemäßigte Image der Anfangszeit können die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen und die entsprechende politische Bearbeitung durch Lucke und Co. kaum überschätzt werden. Bezogen auf die Widersprüche innerhalb der Kapitalfraktionen kann rückblickend hegemonietheoretisch von einem »Sprung in einem Porzellan«¹⁰ gesprochen werden; abgebrochen ist es noch nicht, aber sollte es mal zu einem Bruch kommen, ist wahrscheinlich, dass es an dieser Stelle sein wird.

Riss im Material: Die Spaltung der Konservativen

Mehr als nur einen Riss ist in Hinblick auf die zweite Krisendynamik festzustellen. Um beim Bild des Porzellans zu bleiben: Aus dem dekorativen Zwiebelmuster-Teller des Konservatismus ist ein kleinerer, aber deutlich sichtbarer Teil abgebrochen.

Das Auseinanderbrechen des Konservatismus hatte sich bereits in den Jahren vor der AfD-Gründung angedeutet. Die Spaltung verlief zwischen gesellschaftspolitisch Reaktionären auf der einen und modernisierten Konservativen auf der anderen Seite. Die Mehrheit in der Union unter Merkel stand dabei für letztere. Diese hatte die Entwicklungen der Gesellschaft der vergangenen Jahrzehnte weitgehend akzeptiert: dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war, dass ein Gros der Gesellschaft sich für Gleichberechtigung der Geschlechter aussprach, dass gleichgeschlechtliche Liebe auch von der Mehrheitsgesellschaft zumindest mehr oder weniger als Normalität anerkannt wurden. Demgegenüber standen Ansätze eines »radikalisierten Konservatismus«¹¹ in Deutschland, wie exemplarisch die Debatte um Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab«¹² im Sommer 2010 deutlich gemacht hatte. Das Buch ist nicht nur ein Pamphlet zur Rehabilitierung der in Deutschland ins Abseits geratenen Intelligenzforschung, sondern zugleich ein erkonservatives Plädoyer für die Stärkung der »deutschen

10 Frigga Haug, Gramsci und die Produktion des Begehrens, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 22(2/3), S. 75-92, hier S. 85.

11 Natascha Strobl, Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse, Berlin 2021.

12 Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.

Leitkultur«. So warnte Sarrazin vor der angeblich drohenden Vormachtstellung des Islams, einer vermeintlich um sich greifenden politischen Korrektheit, sowie vor »Deutschenfeindlichkeit« und betonte gleichzeitig die Vorzüge eines elitären Bildungssystems. Sarrazin verband in seinem Buch also Themen, die rechtskonservative Kreise seit geraumer Zeit beschäftigten. Trotz eines von linker und liberaler Seite beklagten gesellschaftspolitischen Rollbacks im Zuge der Kontroverse bedeutete deren Verlauf und ihr Ergebnis für Rechtskonservative eine faktische Niederlage, denn obwohl Sarrazin vielfach zitiert und diskutiert wurde, haben reaktionäre Positionen letztlich einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Der völkisch-nationalistische Rassismus ist im hegemonialen Diskurs zugunsten eines auf Verwertung setzenden »Rassismus der Leistungsgesellschaft«¹³ ins Hintertreffen geraten.

Eine ähnliche Entwicklung gab es vier Jahre zuvor in der Frauen- und Familienpolitik, als im September 2006 die damalige Fernsehmoderatorin Eva Herman ihr Buch »Das Eva-Prinzip«¹⁴ veröffentlicht hatte. Darin plädierte sie für eine reaktionäre Rollenverteilung: Männer seien ihrer biologischen Veranlagung nach nicht für die Kindererziehung vorgesehen, im Gegensatz zu Frauen, die sich auf ihre »natürlichen« Fähigkeiten besinnen sollten. Zwar mobilisierte Herman ähnlich wie später Sarrazin Reaktionäre auch aus Teilen der CDU, aber die Realität sprach eine andere Sprache: Die Diskussion um das Buch fiel zusammen mit einer deutlichen Wende in der Familienpolitik der Union. Die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen sorgte während ihrer Amtszeit zwischen 2005 und 2009 durch mehrere Vorstöße für Unmut in den eigenen Reihen, da sie ein vergleichsweise modernisiertes Familienleitbild vertrat. So setzte sie etwa das gesetzliche Recht auf Krippenplätze durch.

Während sich die Mehrheit der Union, insbesondere an der Spitze, an veränderte gesellschaftliche Voraussetzungen anpasste, formierten sich am rechten Rand des etablierten Konservatismus zunehmend Diskurse um Einwanderung, Integration sowie die Rolle der Frau und sexuelle Vielfalt, die immer mehr in Opposition zum als zu links empfundenen ‚Merkelismus‘ standen.

Die Debatten in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre hatten die Erfolgsaussichten einer neuen Partei rechts der Union befördert. Mitten in der Sarrazin-Debatte gab die »Bild am Sonntag« eine Umfrage in Auftrag, nach der sich 18 Prozent vorstellen könnten, eine »Sarrazin-Partei« zu wählen. Nur wenige Wochen zuvor schrieb der damalige Journalist und inzwischen für die AfD arbeitende Michael Klonovsky erwartungsvoll im Wochenmagazin Focus: »Nie war die Zeit für die Gründung einer konservativen Alternative günstiger als heute.«¹⁵

Gegen die angeblich sozialdemokratisierte Union unter Merkel hatte sich vor Gründung der AfD eine Gruppierung namens »Berliner Kreis« gebildet.

13 Sebastian Friedrich (Hg.), Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ‚Sarrazindebatte‘, Münster 2011.

14 Eva Herman, Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit, Starnberg 2006.

15 Michael Klonovsky, Die Bürger-Bewegung, in: Focus Nr. 30/2010, S. 21-23.

Die Rechtskonservativen vermochten es aber nicht, ihre Positionen in der CDU zu stärken. Alexander Gauland und Konrad Adam waren Teil des Kreises, verließen aber diesen und die Partei, um sich auf die Suche nach etwas Neuem zu machen. Sie fanden die nationalneoliberalen Volkswirte um Bernd Lucke. Dazu gesellte sich das kulturkämpferische Kampagnennetzwerk um Beatrix von Storch. Ausschlaggebend für dieses Bündnis dürfte die Einschätzung gewesen sein, dass weder eine neoliberale noch eine ausschließlich rechtskonservative Partei in Deutschland langfristig Chancen gehabt hätte, sich zu etablieren.

Bruch der Massen: Erosion des gesellschaftlichen Konsenses

Als die AfD bei der Bundestagswahl 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, entschied sich die Parteiführung, die Partei weiter nach rechts zu öffnen, was dazu geführt hat, dass inzwischen die völkisch-nationalistische Strömung in der Partei den Takt vorgibt. Die Öffnung dürfte mit dazu beigetragen haben, dass sich das Wählerspektrum der AfD erweiterte. Schematisch ausgedrückt: Eher weg von älteren, eher gutsituierten Akademikern hin zu jüngeren Selbstständigen, Arbeitern, Handwerkern mit formal niedriger oder mittlerer Bildung. Zwar sprach der Ehrenvorsitzende und Mitbegründer Alexander Gauland bereits 2014 davon, dass die AfD eine »Partei der kleinen Leute« sei, aber für den Schwenk hin zu genau jenen, die die AfD unter kleine Leute fasst, ist 2016 ein Schlüsseljahr. Nicht zufällig gilt 2016 mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November, dem Brexit-Votum im Juni und der deutschsprachigen Veröffentlichung von »Rückkehr nach Reims«¹⁶ im Mai als das Jahr, in dem das Bürgertum, der öffentliche Diskurs und das bürgerliche Feuilleton die Arbeiterklasse wiederentdeckten. In Deutschland begann die Diskussion um Arbeiter, die sich vermeintlich plötzlich nach rechts orientierten, bereits vorher, genau genommen am 13. März, dem Tag der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die AfD konnte Nachwahlbefragungen zufolge in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt jeweils stärkste Partei unter Arbeitern und Arbeitslosen werden, was seitdem breit diskutiert wird.

Der relative Erfolg der AfD unter Arbeitern und Arbeitslosen ist Resultat einer Herauslösung von Teilen der Arbeiterklasse aus dem hegemonialen Konsens, was lange vor 2016 begann. Sie korrespondiert mit dem Ende des »goldenen Zeitalters« des Kapitalismus¹⁷, den Jahren nach dem Krieg bis etwa Mitte der 1970er-Jahre, dessen Gold »gegen den trüben und düsteren Hintergrund der kommenden Krisenjahrzehnte noch sehr viel strahlender wirken«¹⁸ sollte. Es kam in der Folge zu einer strukturellen Überakkumulation von Kapital, was sich zunächst in Stagflation ausdrückte, die u. a. durch Ausweitungen des Finanzsektors,

16 Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.

17 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 285ff.

18 Ebd., S. 325.

internationale Arbeitsteilung, Globalisierung, insbesondere in Folge von 1989ff. bearbeitet wurde.¹⁹ Im Zuge der neoliberalen Konterrevolution²⁰ bemühte sich die Kapitaleite erfolgreich um Deregulierungen, Privatisierungen und die Erschließung neuer Märkte, sowie darum, den Druck auf Lohnarbeit zu erhöhen, was zu sinkenden Löhnen, »Flexibilisierungen« (für die Unternehmen) und verschärfter Konkurrenz zwischen Erwerbstätigen, einem Ausbau des Niedriglohnssektors und der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse führte.²¹ Diese Entwicklung betraf auch gut bis sehr gut qualifizierte Lohnabhängige, die sich in einer »gehobenen Form von Prekarität« wiederfanden.²² Bei Teilen der Mittelklasse und oberen Schichten der Arbeiterklasse entstand eine diffuse Ablehnung des Bestehenden, bei gleichzeitigem Beharren auf Privilegien. 2014 wurde nachgewiesen, dass ein Teil der Mittelklassen einen »marktförmigen Extremismus« befürwortet.²³ Dieser umfasst neben der verallgemeinerten Norm der Selbstoptimierung die Forderung allgegenwärtigen Wettbewerbs und ökonomistisches Denken, bei dem Bevölkerungsgruppen entlang von Kosten-Nutzen-Kriterien bewertet werden.²⁴ Die Zustimmung für den marktförmigen Extremismus ist bei Personen, die ihren Lebensstandard und ihre Ersparnisse bedroht sehen, doppelt so hoch wie bei jenen ohne Abstiegsangst.²⁵ Bereits damals wurde festgestellt, dass die AfD das wettbewerbspopulistische Potenzial aufgreift. Vor allem bei Personen, die mit den Argumenten der AfD sympathisierten, seien marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle besonders stark vertreten gewesen.²⁶

Wesentlicher ideologischer Kitt der postfordistischen oder auch neoliberalen Hegemonie war über lange Zeit die Leistungsideologie. Auch diese erodiert zunehmend²⁷, und auch davon konnte die AfD 2016ff. profitieren. Eine Erosion der Leistungsideologie, das Wissen also, dass Leistung nicht notwendig zu Erfolg führt, kann reaktionäre Krisenlösungsstrategien begünstigen: Wenn etwa Geschlecht, die Staatsbürgerschaft und die soziale Herkunft in dieser Gesellschaft entsprechende Einflussfaktoren für Erfolg sind, dann können diese offensiv für den Erhalt von Privilegien eingesetzt werden. Rechts eingestellte Arbeiter tendieren entsprechend dazu, »den Kampf um Stuserhalt und -verbesserung mit

19 Stephan Krüger, Epochen ökonomischer Gesellschaftsformationen. Eckpunkte und Entwicklungslinien der Weltgeschichte, Hamburg, S. 683-785.

20 David Harvey, Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich 2007.

21 Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 98-107.

22 Robert Castel, Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Ders. und Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2009, S. 21-34, hier S. 32.

23 Eva Groß und Andreas Hövermann, Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte?, in: Andreas Zick und Anna Klein (Hg.), Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2014, S. 102-118, hier S. 106.

24 Ebd., S. 109.

25 Ebd., S. 111.

26 Ebd., S. 118.

27 Sigward Neckel, Kai Dröge und Irene Somm, Das umkämpfte Leistungsprinzip. Deutungskonflikte um die Legitimationen sozialer Ungleichheit, WSI-Mitteilungen, 7/2005, S. 368-374.

Hilfe von Ressentiments auszutragen«. ²⁸ Anstelle der universellen Solidarität tritt Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken. Bei der Thematisierung der sozialen Frage durch die Rechten handelt es sich um den Versuch, »den Bewährungsproben um Lohn und Arbeitsbedingungen ein ethnisch-nationalistisches Format zu geben«. ²⁹ Kulturkonservatismus, Nationalismus, Rassismus und Sexismus treffen also auf verschärfte Konkurrenz und reale Abstiegsängste, die vor allem innerhalb neoliberaler Leistungsideologie verarbeitet werden. Der rechte Kulturkampf und die realen materiellen Sorgen bilden somit eine Grundlage, Abstiegsängste reaktionär zu verarbeiten. Nicht Kämpfe um höhere Löhne, gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und für Umverteilung stehen auf der Tagesordnung, sondern der Kampf gegen andere Gruppen, die sich auf dem nationalen und weltweiten Arbeitsmarkt wiederfinden. Dieser Kampf korrespondiert mit einer Krise der Repräsentation und Kontrollverlusten sowohl der herrschenden Politik wie auch auf der Ebene der Individuen. ³⁰ Entsolidarisierung und exklusive Solidarität sind somit Antworten auf verschärfte Konkurrenzbedingungen im Kapitalismus, ohne die systemischen Grundprinzipien oder die neoliberale Ideologie herauszufordern. Der Ellbogen ersetzt die kämpferische Faust.

Neue Sozialdemokratie und Krise der sozialistischen Linken

Während der Machtblock bröckelt und Teile der Bevölkerung die Zustimmung verweigern, befindet sich die Linke in einer tiefen Krise. Allen voran der Untergang der Sowjetunion war für die sozialistische Linke einschneidend, unabhängig davon, welche Hoffnungen oder Ablehnungen mit dem real existierenden Sozialismus verbunden wurden. Die Sozialdemokratie konnte sich nach 1989 noch einige Jahre halten, zumindest nominell, denn sie hat mit zunehmender Neoliberalisierung im Zuge von New Labour und Neuer Sozialdemokratie einen folgenschweren Schwenk vollzogen: Während sie sich gesellschaftspolitisch einigermaßen fortschrittlich aufgestellt hatte, bezog sie gleichzeitig wirtschafts- und sozialpolitisch Positionen, die auf Konkurrenz und individuelle Leistungsbereitschaft setzen und den Interessen des exportorientierten Kapitals Vorrang einräumt, also die »Standortbedingungen« auf Kosten der Lohnabhängigen verbessert. Der ideale Ausdruck dieses »progressiven Neoliberalismus« ³¹ war die rot-grüne Bundesregierung 1998 bis 2005. Sie verband ein kulturell halbwegs fortschrittliches Programm mit einem wirtschafts- und sozialpolitisch stramm rechten Kurs: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und die Einführung der Lebenspartnerschaft kombinierte Rot-Grün mit einem im Sinne der Kapitalin-

28 Klaus Dörre, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster, Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie, 1–2/2018, S. 55–89, hier S. 58.

29 Ebd., S. 56.

30 Frank Deppe, Überlegungen zum Charakter der politischen Krise, in: Z, Nr. 117 (2019), S. 15–35, hier S. 24.

31 Nancy Fraser: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2017, S. 71–76.

teressen radikalen Umbau des Sozialstaats inklusive der deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes. Die nominell am weitesten linke Regierung, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gab, war es auch, die Kriegseinsätze normalisiert hat. Die Krise der gesellschaftlichen Linken ist so grundlegend, dass weiten Teilen der Bevölkerung nicht einmal mehr klar ist, was unter Linkssein eigentlich zu verstehen ist, geschweige denn, wie die gesellschaftliche Linke in der Lage sein soll, sich den Herausforderungen der Hegemoniekrise zu stellen.

Zunächst konnte die Linkspartei ab Mitte der 2000er-Jahre als »aufkommende Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus«³² vom Niedergang der parteienförmigen Sozialdemokratie profitieren. Doch die 11,9 Prozent bei den Bundestagswahlen 2009 waren für »Die Linke« das beste Ergebnis. Mit der Linken gelang es zwar zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, eine Sammlungspartei links der Sozialdemokratie zu etablieren, doch die einzelnen Teile ergaben mittel- und langfristig kein Ganzes, die Sammlungspartei blieb eine Partei der vielen Parteien. Erschwerend hinzu kam, dass der ideologische Kleister, der die Teile zusammenhalten musste, an Klebkraft verlor: die Ablehnung des Neoliberalismus. Zwar gehören neoliberale Prinzipien längst nicht der Vergangenheit an, sie sind aber nicht mehr so klar erkennbar. Ökonomisch setzt der moderne progressive Neoliberalismus vordergründig auf »nachhaltige« Investitionen, sozialpolitisch wird vor dem Hintergrund eines knappen Arbeitskräfteangebots weniger nach unten getreten, Sanktionen gegen Erwerbslose werden vorübergehend eingeschränkt; ideologisch vermengen sich neoliberale Gesellschaftsentwürfe mit dem perfiden, weil lächelnd daherkommenden Pragmatismus, der Probleme nur »lösen« möchte, nicht aber deren Ursachen bekämpfen will. Vielleicht blickt man in ein paar Jahren auf die Geschichte der Linkspartei zurück als gescheitertes Projekt der Neuformierung des sozialistischen Lagers, als ein nur vorübergehendes Hoch in einem langen Zerfallsprozess seit 1989. Als organisierter und schlagkräftiger Akteur, der Hoffnung auf eine andere Gesellschaft macht, fällt die real existierende Linke momentan jedenfalls aus.

Aktuelle Krisendynamiken

Die Schwäche der Linken dürfte auch ein Faktor sein, dass es vor allem die AfD ist, die seit 2022 stark von aktuellen Krisendynamiken profitieren kann. Stand sie im Frühjahr 2022 in Umfragen noch bei etwa elf Prozent, konnte sie seitdem ihre Umfragewerte verdoppeln. Das liegt nicht nur an der enorm schlechten Stimmung gegenüber der Ampel-Koalition, sondern auch an der öffentlichen Diskussion über den Krieg gegen die Ukraine. Eine absolute Mehrheit der Deutschen war im Sommer 2023 laut Infratest Dimap³³ der Ansicht, dass die Bundesregierung auf diplomatischem Wege zu wenig tue, um den Krieg zu beenden, während gleichzeitig immer weniger finden, dass die bisherige Unterstützung

32 Oskar Lafontaine: Was ist die Linke, in: Junge Welt, 19./20.1.2006.

33 ARD-Deutschlandtrend, Juni 2023, www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschland-trend-3368.html.

der Ukraine mit Waffen nicht ausreiche. Die AfD profitiert offenbar davon, denn gerade bei der Frage nach dem Umgang mit dem Krieg unterscheidet sich die AfD-Wählerschaft stark von denen der Ampel-Parteien und der Union: Bei SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU sind zwischen 32 und 43 Prozent dafür, dass Deutschland Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern soll – bei der AfD sind es nur sieben Prozent. Die vergangenen beiden Jahre zeigen an, was weite Teile der Bevölkerung (und vielleicht auch der Linken) möglicherweise lange erfolgreich verdrängt haben: All die beschriebenen Widerspruchs-konstellationen und Krisenerscheinungen »werden überlagert, überdeterminiert durch die tiefgreifenden Veränderungen auf dem Felde der Weltordnung«. ³⁴

Den größten Sprung in den Umfragen konnte die AfD im Sommer 2022 machen. Damals standen Ängste vor einer Ausweitung des Kriegs gegen die Ukraine, vor einer Rezession und vor unbezahlbaren Heizkosten im Mittelpunkt der politischen Debatte. Der AfD gelang es offenbar, überdurchschnittlich davon zu profitieren. Inzwischen ist die Anhängerschaft der AfD diejenige, die ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu der Klientel anderer Parteien am schlechtesten einschätzt. ³⁵ Gleichzeitig zeigen Daten, dass das Thema Zuwanderung für AfD-Wähler mit Abstand die größte Rolle spielt, was aber kein Widerspruch sein muss zur Sorge vor sozialem Abstieg: Die AfD versucht seit Jahren, sozioökonomische Themen zu kulturalisieren, indem sie etwa Probleme wie Ungleichheit mit Migrationspolitik koppelt. ³⁶ Unterstützung bei der Kulturalisierung sozialer Probleme erfährt die AfD dabei in letzter Zeit zunehmend von der Union. Offenbar inspiriert durch die Strategie der US-Republikaner, positioniert sich die stärkste Oppositionspartei verstärkt gegen Gendersternchen, Wokeness und politische Korrektheit. CDU-Chef Friedrich Merz erklärte im Sommer 2022 *Cancel Culture* zur größten Bedrohung für die Meinungsfreiheit und machte im Sommer 2023 gendergerechte Sprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das Erstarken der AfD verantwortlich. Merz wollte die Stimmen der AfD halbieren, damit war er im Wahlkampf um den CDU-Parteivorsitz angetreten, doch während die Union in Umfragen trotz massiver Krise der Regierung stagniert, geht die AfD gestärkt aus den politischen Auseinandersetzungen hervor: Anstatt die AfD mit ihrer Strategie zu schwächen, scheint die Union die rechte Konkurrenz eher zu stärken, indem sie diskursiv deren Feld bestellt. Die Ernte fährt allerdings die AfD ein, deren Kerngeschäft nationalistische Identitätspolitik, also der rechte Kulturkampf, ist.

34 Frank Deppe, Überlegungen zum Charakter der politischen Krise, in: Z, Nr. 117 (2019), S. 15-35, hier S. 31.

35 ARD-Deutschlandtrend, Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland September 2023, www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3368.html.

36 Simon Eberhardt und Sebastian Friedrich, Der Kampf zweier Linien. Wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte im rechten Projekt, in: Andrea Becker, Simon Eberhardt und Helmut Kellershohn (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD, Münster 2019, S. 90-112.

Bei der Union zeigt sich, dass der Spaltungsprozess, der ursprünglich mit zur Gründung der AfD geführt hat, möglicherweise noch nicht abgeschlossen ist. Die Diskussionen um eine mögliche Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD ist eine der zentralen politischen Debatten des Jahres 2023 und scheint kein Ende zu finden. Im Gegenteil: Obwohl inzwischen allen Beobachtern klar sein sollte, dass die AfD eine in weiten Teilen rechtsradikale Partei ist, können sich (vor allem in Ostdeutschland, aber nicht nur dort) Teile der Union perspektivisch eine Kooperation mit der AfD vorstellen. Diese Diskussion könnte bei der Union zu weiteren Verwerfungen und Abspaltungen führen und der AfD wiederum dem von Spitzenpolitikern erklärten Ziel, die Union zu zerstören, näherkommen lassen.³⁷ Ein Blick auf die Entwicklungen christdemokratischer und gemäßigt-konservativer Parteien in anderen EU-Staaten zeigt, dass die Zerstörung der Union kein Wunschtraum von AfD-Politikern sein muss. In etwa der Hälfte der 27 EU-Staaten haben rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien die jeweils gemäßigt-konservativen Parteien bereits überholt oder liegen nahezu gleichauf.³⁸ In einigen europäischen Staaten existieren die traditionellen konservativen Parteien gar nicht mehr oder sind bedeutungslos geworden. In Italien etwa stellte die christdemokratische »Democrazia Cristiana« ein halbes Jahrhundert lang fast immer den Ministerpräsidenten. Nach einem Korruptionsskandal in den 1990er-Jahren hat sich die Partei aufgelöst. Inzwischen dominieren in Italien nationalistische und rechtsradikale Parteien wie die »Lega« und »Fratelli d'Italia« um Ministerpräsidentin Giorgia Meloni das rechte Spektrum. Auch in Frankreich sind traditionell konservative Kräfte auf der rechten Seite der politischen Landschaft ins Hintertreffen geraten. Nicolas Sarkozy war von 2007 bis 2012 Präsident des Landes – und damit der letzte Konservative in dem Amt. Heute stehen die Republikaner, die Nachfolgepartei von Sarkozys UMP, in Umfragen bei etwa zehn Prozent, während sich die rechtsradikale Marine Le Pen realistische Hoffnungen machen kann, die nächste Präsidentschaftswahl zu gewinnen.³⁹

Zerbricht die konservative Fraktion im Machtblock, wäre das eine immense Vertiefung der Hegemoniekrise, aus der sich dann tatsächlich ein neuer Block unter Führung der AfD Block zusammensetzen könnte. Der Hegemonieapparat könnte dabei, ähnlich wie von Gramsci für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg

37 So Maximilian Krahl im ARD-Interview: »Der europäische Vergleich zeigt, dass die politische Rechte nur dann zum Erfolg kommt, wenn die Christdemokraten verschwinden. Von daher setze ich nicht auf die CDU, ich setze auf die Implosion der CDU.« Nachfrage: »Also die Zerstörung der CDU ist ihr Ziel?« Antwort Krahl: »Genau, letztlich in zwei Teile, in einem Teil, der rechtsoffen ist, und ein Teil, der am Ende eine Art Grüne 2.0 ist. Insofern bleibt die CDU der strategische Hauptgegner und es wird eine neue, nicht von den Grünen dominierte Politik in Deutschland nur geben, wenn die CDU in ihrer heutigen Form verschwindet.« (»Angriff von rechts«, Panorama-Beitrag am 24.8.23 von Robert Bongen und Sebastian Friedrich)

38 Robert Bongen und Sebastian Friedrich, Konservatismus in der Krise: Droht der CDU der Bedeutungsverlust, tagesschau.de, 24.8.23, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-cdu-konservatismus-100.html>.

39 Thomas Biebricher, Mitte/Rechts. Die Internationale Krise des Konservatismus, Berlin 2023.

beschrieben, auf politischer Ebene zunehmend Risse bekommen.⁴⁰ »Die Krise des Autoritätsprinzips«, der »Zerfall des parlamentarischen Regimes« äußerte sich praktisch in der »ständig wachsenden Schwierigkeit, Regierungen zu bilden, sowie in der ständig wachsenden Instabilität der Regierungen selbst«.⁴¹ Von einer solchen Situation sind Thüringen, Sachsen und Brandenburg, wo 2024 Landtagswahlen stattfinden werden, möglicherweise nur noch einige Monate entfernt.

40 Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Hamburg 1991ff., Bd. 7, S. 1610.

41 Ebd.